

Dr. Franz Vranitzky

Rede anlässlich des 25. Geburtstags des Bruno Kreisky Forums am 24. Oktober 2016

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Bruno Kreisky

Februar 1967	Übernahme des Bundesparteivorsitzes
März 1970	Relative Mehrheit der SPÖ. Kreisky wird erster SP-Bundeskanzler der 2. Republik.
Oktober 1971	Absolute Mehrheit der SPÖ. Kreisky mit großer Zustimmung im Amt des Bundeskanzlers bestätigt.
April 1983	SPÖ erreicht Mehrheit, aber nur mehr relative. Kreisky legt Ämter als Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler zurück. Arbeitet in diesem Haus an seinen Memoiren.
Juli 1990	Bruno Kreisky verstirbt im Alter von 79 Jahren.

Nach den Trauerfeierlichkeiten mit großer internationaler Anteilnahme (u.a. seines langjährigen besonders guten Freundes Willy Brandt) und den Besinnungs- und Gedenkveranstaltungen in Österreich trat auch die Frage in den Vordergrund, was mit diesem Haus geschehen sollte, in welchem Bruno Kreisky Jahrzehnte seines Lebens hindurch gewohnt hatte.

Eine Idee war bald geboren. Nämlich im Bewusstsein und in Anerkennung dessen, dass der von uns gegangene Kanzler Zeit seines politischen Wirkens die außen- und weltpolitischen Ereignisse in das Zentrum seiner Überlegungen, seiner Schwerpunkte, seiner Entscheidungen gestellt hatte, die Fortsetzung des internationalen Dialogs ganz in seinem Sinn zu institutionalisieren.

Das Forum für internationalen Dialog war geboren.

Die Gründung erfolgte am 25. Mai 1991. Das Forum zog zunächst in den Schwarzenbergplatz 16 ein.

Am 9. März 1993 wurde es hier in der Armbrustergasse sesshaft.

Als Gründungspräsident führte ich es dann gemeinsam mit einem 9-köpfigen Vorstand, einem International Advisory Board und unter der kundigen Seele, Frau Margit Schmidt. Frau Schmidt war

langjährige Büroleiterin von Dr. Kreisky. Sie betreute ihn auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt.

Das Leitmotiv des Forums war von Anfang an und ist es bis heute: Eine gesellschaftlich offene, parteiunabhängige, selbstständige sozialdemokratische Institution.

Im November 2004 legte ich meine Funktion als Präsident zurück. Dr. Rudolf Scholten wurde zu meinem Nachfolger gewählt. Frau Mag. Gertraud Auer übernahm von Frau Margit Schmidt die Stelle der Generalsekretärin.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie zur Feierstunde anlässlich „25 Jahre Bruno Kreisky Forum“ so zahlreich in die Armbrustergasse gekommen sind. Insbesondere ehrt uns die Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer sehr.

Über all die Jahre unseres ersten Vierteljahrhunderts war es für uns hier im Forum eine Selbstverständlichkeit, weltpolitische Ereignisse jeweils und nachhaltig dem internationalen Dialog zu unterziehen. D.h. in den offenen Veranstaltungen, in den selektiv gestalteten Seminaren und Denkeinheiten sowie im umfangreichen Schriftenmaterial darauf einzugehen. So waren also – in einer vereinfachten Aufzählung in zeitlicher Abfolge – die Jugoslawienkriege, Österreichs Eintritt in die Europäische Union, der latent vorhandene Nahostkonflikt, der amerikanische Irakkrieg, die Finanzkrise, die sich von den USA aus weltweit ausbreitete, der sogenannte Arabische Frühling, die Syrienkatastrophe und die großen Flüchtlingsbewegungen "Stammthemen" im Geschehen des Kreisky Forums. Keines der Themen im internationalen Dialog übrigens, das nicht mit anderen in Zusammenhang steht, der Wirkung und Gegenwirkung hervorruft.

So wird also das allumfassende Projekt „Geeintes Europa“ und sein Stellenwert in der Welt die bestimmende unter den vielen Herausforderungen sein und bleiben. Ob in 25 Jahren des Forums oder in mehr Jahren oder weniger. Wer weiß es?

Also zurück- oder vorwärts – zum Thema Europa.

Vor kurzem, nämlich am Verfassungstag 2016 in Wien, hielt der habilitierte Jurist und politische Kommentator der Süddeutschen Zeitung, Prof. Heribert Prantl, die Festansprache. In seiner begeisterten und begeisternden Rede führte er u.a. aus:

„Das Fundament dieses Europäischen Hauses steht nicht auf den Trümmern der Nationalstaaten und ihrer Rechtsordnungen. Wer die einzelnen Staaten zertrümmern will, um an deren Stelle eine neue gemeinsame Verfassung zu schreiben – der hat von Europa wenig verstanden. Europa zerschlägt nichts, Europa zerreißt nichts, Europa fügt zusammen. Verfassungen sind nicht dafür da, die Verfassung der Menschen zu ruinieren, sie sollen Vertrauen schaffen. Europa ist eine neue concordantia discordantium, ein Werk, das ganz Verschiedenes, auch Widersprüchliches zur Übereinstimmung bringen soll. Europa ist ein demokratisches Projekt. Um es zu vollenden, braucht man keine Notverordnungen an Parlament und Bürger vorbei. Man braucht dazu die Menschen. Das

Europäische Haus ist ein großes Haus mit vielen Räumen, vielen Türen, vielen Kulturen und viele Arten von Menschen. Dieses Haus bewahrt die europäische Vielfalt und den Reichtum, der sich aus dieser Vielfalt ergibt.“

Der österreichische Verfassungsgerichtshof gedenkt jeweils am 1. Oktober des Jahres der Beschlussfassung über die österreichische Bundesverfassung am analogen Tag des Jahres 1921. Schlüssig daher, dass Festredner Prantl Hans Kelsen zu Ehren kommen lässt:

„Kelsen ist unendlich wichtig, wenn wir über Europa reden – weil er seine pluralistische Staats- und Rechtstheorie konzipiert hat vor dem Hintergrund des ethnisch, sprachlich, kulturell und religiös so heterogenen Gemeinwesens der österreichischen Monarchie. Der Staat ist bei ihm kein metaphysisches und nationalistisches Geschwurbel. Der Staat steht bei ihm weder vor, noch hinter und schon gar nicht über der Rechtsordnung. Der Staat ist die Rechtsordnung!

Wir reden so oft darüber, was die EU denn eigentlich ist oder sein soll – ein Staatenbund, ein Bundesstaat oder irgendein Drittes, ein Gebilde sui generis. Wenn wir Kelsen folgen, tun wir uns nicht schwer, die EU als Staat zu betrachten: Europa ist ein Raum des Rechts – und dieses Recht konstituiert das Gemeinwesen.“

Prantl ruft auch Joseph Roth, den er „Herzenseuropäer“ nennt, als Zeugen für seine Thesen auf. Und vermerkt in Parenthese, dass Hans Kelsens Vater aus Brody stammte – dem Geburts-Schtetl Joseph Roths.

Dieses flying high des Rechtsphilosophen ist einnehmend, kontrastiert aber doch mit der einigermaßen grauen Wirklichkeit.

Um dieser Wirklichkeit näher zu kommen, muss die Frage gestellt werden: Wer oder was ist eigentlich diese EU in der Wahrnehmung der Bürger, der Menschen, wie Prantls das richtigerweise fordert?

Wer oder was ist diese EU, die im Alltagsdiskurs als gut oder schlecht (meist schlecht), empfunden wird, effizient oder ineffizient, unsere Interessen vertretend (oder eben nicht), problemlösend (oder eben nicht), notwendig (oder eben nicht), eigentlich schädlich für uns, daher raus aus ihr.

Politik hat es so an sich, dass bei Abwägen all dieser Fragen, die eine Frage als wirklich zentral angesehen wird: Wer ist dafür verantwortlich? Oder drastischer, deutlicher: Wer ist an schuld diesem so empfundenen Europa-Ungemach?

An diesem Geschwurbel, wie Prantl das sagen würde, nährt sich die Euroskepsis oder im Extremfall die prinzipielle Ablehnung des Projekts, welches ich für das einzig zukunftsfähige für uns Europäer halte.

Woran krankt dieses epochale europäische Einigungsprojekt nun schon mehr oder weniger, seit das 21. Jh. in die Gänge gekommen ist?

Das ernsteste Symptom ist der mangelnde politische und soziale Zusammenhalt. Ein Defizit, das stets zunimmt. Es sind zumindest drei Unheilsquellen, die eng miteinander verwoben sind und die die Kassandrarufe auslösten, das europäische Projekt ist gescheitert oder wird demnächst scheitern.

- 1) Die weltweite Finanzkrise seit 2008. Also das Versprühen notleidend gewordener Immobilienkredite amerikanischer Finanzinstitute mehr oder weniger über die ganze Welt. In einer Kettenreaktion trat nicht lange Zeit danach zu Tage, dass auch europäische Banken dubiose Forderungen in ihren Büchern hatten, in diesem Fall Forderungen gegenüber Mitgliedsländern der Europäischen Union. Die Griechenland-, die spanien-, die Portugal-, die Irlandkrise begannen das Geschehen zu beherrschen. Riesige, in die Milliarden Euro reichende Rettungsaktionen wurden in Gang gesetzt. Der gemeinsamen europäischen Währung wurde ihr Ende angekündigt. Mehrere Ökonomen mit angeblichem Renommée haben sich daher keine wissenschaftlichen oder sonstigen Meriten geholt.
- 2) Die realwirtschaftliche Krise im Gefolge der Finanzkrise mit den bekannten Folgewirkungen, hauptsächlich hohe Arbeitslosigkeit in Europa.
- 3) Und schließlich drittens: Entsolidarisierungstendenzen unter den Regierungen der Mitgliedsländer in wichtigen Angelegenheiten, allem voran der Bewältigung der Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen.

In Bezug auf die Wirtschaftsbelange möchte ich zwei Themenfelder herausgreifen, die man nicht oberflächlich diskutieren darf.

Erstens die Globalisierung, zweitens die Währungspolitik.

Allerdings: Das grenzüberschreitende Wirtschaften in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg war gekennzeichnet von der Situation des Mangels. Im zertrümmerten Europa fehlte es an Rohstoffen, an Energieträgern, an funktionierenden Verkehrsverbindungen und last but not least an konvertiblen Währungen. Notwendigerweise mussten die jeweiligen Behörden im Wege von Kontrollen und Mengenbeschränkungen eine – wenn auch bescheidende – Versorgungssicherheit herstellen. Mit der schrittweisen Erreichung von Verhältnissen, die man als normal bezeichnen konnte, wurde der Abbau der Beschränkungen möglich. Im mehr oder weniger finalen Ausbau eines weltweiten restriktionsfreien, liberalen Systems erstand das, was wir dann Globalisierung nannten.

Zum Ersten: Daniel Gros, Direktor des Centre for European Policy Studies in Brüssel, rechnet vor, dass der vom IWD so bezeichnete „Tugendkreis aus Handel und Wachstum“ zu relativieren ist. Gros ist der Auffassung, blindes Vertrauen in die Globalisierung hätte dazu verleitet, deren Vorteile zu übertreiben. Dies hätte zum Nichteintreten hoch gesteckter Erwartungen und letztlich sogar zur

Ablehnung von Freihandel durch seine Kritiker geführt. Zwei Fakten seien nach Ansicht Daniel Gros' zu berücksichtigen.

Zum Einen: Die Wachstumsvorteile, die der Abbau von Handelsbarrieren mit sich bringt, verringern sich, je stärker diese Barrieren fallen. Empirisch belegt.

Zum Zweiten: Die Beseitigung der Handelshemmnisse führte zu einem zwei Jahrzehnte lang anhaltenden Boom der Rohstoffpreise. Hohe Preise ermöglichten es den Rohstoffexporteuren mehr zu importieren und im eigenen Land eine wachstumssteigernde Politik zu betreiben.

Die Kehrseite der Medaille: Die angestiegenen Rohstoffpreise verursachten in den Ländern, die die Rohstoffe importieren, einen Rückgang des Lebensstandards, denn es verringerte sich die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Diese zogen daraus die nicht überraschende Schlussfolgerung, dass die Globalisierung das Problem sei. Wie immer: Schwarz-Weiß Beurteilungen haben in sich ihr Defizit. Und bei Kaufkraftverlusten muss immer noch die Einkommenspolitik ins Treffen geführt werden.

Zweitens: die Währungspolitik. Seit den Jahren 2008/2009 – Lehman-Kollaps usw. – wissen wir: Die Finanzmärkte der Welt sind lawinenartig gewachsen und sind in gleicher Dimension so gut wie unkontrolliert, unreguliert. Beschwörende Mahnungen aus einzelnen Staaten und Institutionen prallen an den politischen Beschützern mächtiger Finanzzentren ebenso regelmäßig ab wie Modelle zur Eindämmung unübersichtlicher, hoch komplizierter Finanztechniken, die häufig nicht einmal von ihren hoffnungsfrohen Berechtigten durchschaut und begriffen werden. Ist man international an der Herstellung bloß minimaler Regulative (z.B. für Hedge-Fonds, Derivatenhandel etc.) glanzvoll gescheitert, so kann man wenigsten vermelden, die eigentliche Währungspolitik, also die der EZB, hat sich einen Stellenwert erarbeitet.

Das alles ist bekannt: Durch Bereitstellung nahezu unbegrenzter Liquidität für den europäischen Bankenapparat. Und durch Rückführung des kommerziellen Zinsniveaus auf nahezu Null, eigentlich auf Null und in bestimmten Bereichen unter Null. Mario Draghi ist für seine konsequente Zentralbankpolitik in wahrlich schwierigen Zeiten ein Verdienst auszusprechen.

Allerdings in makroökonomischer Wertung bleiben Fragen offen. Nämlich kann Geldpolitik bei lahmender Konjunktur Fiskalpolitik ersetzen? Fiskalpolitik mit Herstellung von Steuergerechtigkeit, mit Investitionsanzeigen, mit dem zentralen Anliegen der sozialen Ausgewogenheit in einer Gesellschaft.

Nochmals: Geldpolitik allein kann das nicht bewerkstelligen. Die Finanzminister beglückwünschen sich zu den niedrigen Zinsen, weil die Bedienung der Staatsschulden dadurch billiger wird. Vom Zinskarussell unbeeinflusst zahlt der Steuerzahler indes weiter fleißig ein. Was geschieht also mit dem „Windfall“ des Finanzministers?

Die Geldschwemme, hervorgerufen durch die EZB, ich sagte es schon, führt zu kaum mehr wahrnehmbaren Erträgen des Sparers für sein angespartes Geld. Auch die verschiedenen Modelle

des Anlegens für die Altersvorsorge haben ihren Reiz verloren. Pensionskassen verblassen in ihrer Attraktivität. Finanzierungstechnische Varianten sind hier ziemlich gleichgültig. Es geht um die soziale Sicherheit von Menschen im Alter.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny kommt dieser Tage von der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds nach Hause, begleitet von einer medialen Berichterstattung (u.a. Die Presse), die resignierte Besorgnis festhält über eine Weltwirtschaft, in der minimale Zinsen und politische Umwälzungen echten Aufschwung verunmöglichen. Nowotny fasst die Stimmen, die ihn in Washington erreichten, als „Neue Mittelmäßigkeit“ zusammen: „In der sind wir. Es ist keine Krise, aber es ist auch kein wirklicher Aufschwung.“

Und wie sieht der Ausblick aus? Bis jetzt haben die Sparer ruhig gehalten, weil die Inflationsraten niedrig waren. Wie aber werden die Sparer, vor allem die Kleinsparer reagieren, wenn ihre Zinsen niedrig bleiben, die Teuerung aber wieder an Tempo zunimmt? Was fängt eine sozialdemokratisch inspirierte Politik mit solchen Diagnosen an?

Es liegt auf der Hand und wir kommen nicht darum herum: In der ganzen Bandbreite von Bildungsauftrag über den Auftrag Innovation und unaufhörliche Modernisierung für eine starke wirtschaftliche Basis des Staates und damit für den sozialen Zusammenhalt zu kämpfen. Gelingt das Absichern dieser Ziele, dann wird die sozialdemokratische Bewegung, dann wird der demokratische Staat gewappnet und abgesichert sein den Anfechtungen gegenüber, die sich aus reaktionären und letztlich demokratie- und systemverneinenden Ecken immer wieder zu Wort melden. Manchmal mehr als „zu Wort“.

Einmal mehr sind Ökonomie und persönlicher Schutz der Bürger im Spiel. Der Bundeskanzler erhebt in seinem mittlerweile allgemein bekannten Essay in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Mitte September die Forderung, auf europäischer Unionsebene das Wohlstandsversprechen und das Sicherheitsversprechen wieder einzulösen, um zu verhindern, dass der Aufstieg des Rechtspopulismus die europäische Einigung von innen zersetzt. Den Ausführungen des Kanzlers in der FAZ ist aber noch etwas hinzuzufügen, nämlich, dass das wirtschaftlich Abgehängtwerden nicht die einzige Ursache für Rechtspopulismus ist. Eine groß angelegte amerikanische sozialpsychologische Studie weist auf den Unterschied hin zwischen konservativen und weltoffenen Menschen. Weniger Weltoffene orientieren sich mehr an einer Gruppe als am Individualistischen. Der Studienautor Jonathan Haidt argumentiert, wenn die Welt chaotisch und unsicher wirkt, sich schnell ändert, wird der Wunsch nach Stabilität und Kontrolle, nicht nach Reformen, nicht nach Neuem, stärker. Als ein weiteres Beispiel dafür, dass nicht nur vermeintliche wirtschaftliche oder echte Zurücksetzung den Entfremdungs- und Entsolidarisierungsprozess befeuern, diene eine Analyse der britischen Resolution Foundation: Die wirtschaftliche Lage der Region hatte keinen

Einfluss auf das Brexit-Votum. Das Einkommen der Menschen war irrelevant, die Bildung hingegen entscheidend. So versammelten sich etwa Brexit-Befürworter unter Transparenten mit der Aufschrift „We want our country back“ (Standard, 1.10.2016). „Aufschrei der Bewahrer“

Es gibt im Positionskampf der Meinungen für die Sozialdemokratie zusätzlich zu der unverbrüchlich selbstverständlichen sozialen Verantwortung und gerade im Interesse dieser kein stärkeres Daseinsargument als das der Wirtschaftskompetenz. Diese glaubwürdig darzustellen und in der politischen Praxis zu leben, ist die Grundlage der politischen Mehrheitsfähigkeit. Nur ist halt Wirtschaftskompetenz nicht gleich Wirtschaftskompetenz. Unweigerlich gelangt man in der Diskussion darüber zu zumindest zwei „Knackpunkten“: Zur Rolle des Staates im Wirtschaftsleben und zur sozialen Gerechtigkeit des Steuersystems.

Entgegen den von konservativer Seite gebetsmühlenartigen Wiederholungen plädiert moderne Sozialdemokratie nicht für eine sogenannte Staatswirtschaft, wohl aber für das Setzen geeigneter Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften der Unternehmungen. Infrastruktur, Energie, Utilities, Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheit, Staatssicherheit etc. gehören meiner Überzeugung nach zum Begriff der Rahmenbedingungen im umfassenden Sinn. Mehrjährig in den USA aufhältig gewesen kenne ich das Gegenbeispiel.

Die sozialdemokratische Verantwortung endet allerdings nicht bei der Sicherung qualitativ hochwertiger Rahmenbedingungen für das unternehmerische Wirtschaften, sondern sie muss sich im besonderen Maß den Ungleichheiten in der Gesellschaft widmen.

Ein gern gesehener Gast des Bruno Kreisky Forums, Robert Shiller, Professor an der Yale University, publizierte vor kurzem eine Studie zu dieser Thematik.

Wirtschaftliche Ungleichheit – ist dort zu lesen – ist zu einem großen Problem angewachsen. Es könnte im 21. Jahrhundert Katastrophenausmaße annehmen, insbesondere weil die Politik darauf alles andere als gut vorbereitet ist.

Einige mögliche Ursachen:

Die Welt der Roboter und künstlicher Intelligenz könnte dazu führen, dass einfachere Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Lohn nicht mehr angeboten werden. Umweltkatastrophen könnten bestimmte Regionen unbewohnbar machen. Kriegsführungen mit hoch gefährlichen destruktiven Waffen gab es schon und werden auch künftig nicht auszuschließen sein. Bei politischen Veränderungen mit extremen Ausrichtungen Ausrichtungen (rassistisch, religionsfanatisch etc.) sind meist die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten die ersten Opfer.

Shiller stellt die Frage: Können wir mit der Hilfsbereitschaft der Gesellschaft rechnen, die zu unterstützen und für sie zu sorgen, die an den Rand ihrer Lebensmöglichkeit gedrängt werden? Bei vorhersehbaren Versorgungsengpässe oder gar Hungersnöten sind es nicht die Armen, die es sich leisten können, Vorräte für kommende schlechte Zeiten anzulegen.

In all diesen Fällen wird man nicht darum kommen, staatliche Aktivität in Anspruch zu nehmen. Etwa durch Einkommens- und Arbeitsplatzgarantien.

Christian Kern hat diese Interpretation sozialdemokratischer Grundauffassung in verschiedener Form und bei verschiedenen Anlässen vertreten, namentlich die Steuergerechtigkeit. Zuletzt eben auch in der FAZ.

Der Finanzminister Schelling attackiert ihn darob als „linken Ideologieträger“. Kern ist Vorsitzender einer politischen Partei links von der Mitte. Der Träger welcher Ideologie, wenn nicht einer „linken“, sollte er sonst sein? Und trotzdem spricht ihm niemand Wirtschaftskompetenz ab. Im Gegenteil: Führungskräfte berichten, am Ballhausplatz wieder einen Ansprechpartner zu haben. Außerdem: Ich habe ziemlich viele Jahre in der Bundesregierung gearbeitet, kann mich aber nicht erinnern, dass es eine ideelle Richtlinienkompetenz des Finanzministers über den Regierungschef gibt.

Die politischen Verantwortungsträger in Europa haben seit geraumer Zeit das Privileg, mit immer denselben Namen konfrontiert zu werden. Bei uns ist das Strache, der, „in erster Reihe fußfrei, nur noch seinen Wahlsieg konsumieren muss“, anderswo sind das Le Pen, Wilders etc., etwas weiter weg Trump (ob der noch etwas konsumieren wird?), Beckenbauer: Schau ma mal.

In der Bewertung der rechtspopulistischen – in gar nicht so wenigen Fällen – rechtsextremen Erscheinungen ist es nicht mit einfachen Erklärungen getan. Das Problem liegt tiefer.

Der ehemalige Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ralph Melzer, fasst das am Beispiel der AfD so zusammen:

„Die Faktoren, die den Aufstieg (der AfD) begünstigen, werden auf absehbare Zeit nicht verschwinden, sondern dem Rechtspopulismus in die Hände spielen: Integration von Flüchtlingen, Bedrohung durch Terroranschläge, Unbehagen angesichts globaler Krisen, Gefühl von Kontrollverlust, kulturelle Entfremdung eines Teils der Bevölkerung, der sich zunehmend aggressiv gesellschaftlicher Realitäten und Veränderungen verschließt, sich sozusagen selbst desintegriert und autoritären antipluralistischen Konzepten zuwendet; die wachsende Polarisierung der Gesellschaft, in der die beiden Teile einander nichts mehr zu sagen haben.“

Die empirische Sozialwissenschaft belegt seit langem, dass es für Fremdenfeindlichkeit keine Migranten braucht. (Aus einer anderen Ecke: Man muss auch keinen Juden kennen, um Antisemit zu sein.) Ein bedenkliches Fazit: Die „Wir sind das Volk“-Anhängerschaft ist für Argumente und demokratische Prozesse nicht mehr erreichbar.“

Der Bundeskanzler sagte dieser Tage auf die seuchenartig grassierende Frage nach vorgezogener Nationalratswahl: Es liegt noch viel Arbeit auf dem Tisch. Rechnet man die lange Inkubationszeit des Koalitionspartners für Konsensfindung hinzu, muss man – hoffentlich nicht, aber doch – nicht von einem Tisch, sondern von einer Bank reden. Einer langen nämlich. Etwa nach einer Formel: Erledigung = Bundesregierung – Landeshauptleute – Klubobmann.

Lassen Sie mich zum Schluss nochmals auf den Namensgeber unseres Forums zurückkommen. Im letzten Halbjahr seines Lebens lud er mich oft hierher in die Armbrustergasse zu einem Gespräch ein. Er breitete dabei immer wieder seinen Lebensentwurf aus. Über freudvolle Begegnungen wie auch über persönliche Enttäuschungen. Oftmals gab es Wiederholungen. Das weiß man über uns Alte. Wir erzählen alles drei Mal oder vier Mal und glauben immer, es war das erste Mal. Andererseits weist Heinz Kienzl immer darauf hin: Wenn Du etwas kommunizieren willst, scheue Dich nicht, es zehn Mal zu sagen. Vielleicht kommt es dann dort an, wo Du es haben willst.

Wir haben im Kreisky Forum über die Jahre wahrscheinlich mehr Themen in offenen Diskussionen aufgerollt, als ich heute ansprechen konnte. Konträre Standpunkte waren nicht verpönt, sie waren im Sinn der Gründungsabsicht. So hat sich das Forum auch bei allen einen Namen geschaffen, die an internationalen Zusammenhängen interessiert sind und die Unvoreingenommenheit etwas abgewinnen können.

Diesen Stellenwert hat das Kreisky Forum in allererster Linie der unermüdlichen Arbeit, Einsatzbereitschaft und Professionalität aller Mitarbeiterinnen des Generalsekretariats zu verdanken. Ich bedanke mich ausdrücklich im Namen des Vorstands und im eigenen Namen. Vielen, vielen Dank! Das Kreisky Forum konnte ein besonderes Privileg genießen. Das Staatsoberhaupt zeigte sich stets und ernsthaft am Geschick und an den Veranstaltungen des Hauses interessiert. Vielen Dank für diese große Auszeichnung!

Am Schluss eines der langen Unterredungsnachmittage sagte Bruno Kreisky einmal zu mir: „Ich erzähle Dir so viel. Du musst nicht alles annehmen – Pause – aber gut wär's schon!“